

**Ihr Ansprechpartner**  
Jürgen Steinmetz

**Telefon**  
02151 635 300

**Telefax**  
02151 635 - 330

**E-Mail**  
juergen.steinmetz@  
mnr.ihk.de

---

# Protokoll der Vollversammlung

## am 21.06.2022 um 16:00 Uhr

### in der IHK-Hauptgeschäftsstelle Krefeld

---

#### Anwesende

#### Präsidium

Präsident Elmar te Neues  
Vizepräsident Rainer Höppner  
Vizepräsident Dr. Claus  
Schwenzer

Vizepräsidentin Susanne  
Thywissen  
Vizepräsident Hartmut Wnuck  
Vizepräsidentin Janika Woltering-  
van Haag

#### Mitglieder

Martin Alders  
Dominik Baum  
Norbert Bienen  
Christoph Borgmann  
Dr. Erich Bröker  
Kerem Bul  
Johannes Cloerkes  
Gregor Correnz  
Tania Cosman  
Dr. Ute Dallmeier  
Dunja Freimuth  
Lars Friedrich  
Manja Freistühler  
Ulrike Gewehr  
Beate Gothe  
Andreas Gröver  
Tobias Haberland  
Caroline Hartmann-Serve  
Stephanie Holzmann  
Markus Jungbluth  
Philip Kalthöfer  
Rolf A. Königs  
Ernst Peter Kreuder

Benjamin Küsters  
Gerald Laumans  
Sven Mager  
Tino Arndt Mocken  
Sascha Odermatt  
Rudolf Georg Paproth  
Anja Raubinger  
Klaus Dieter Reh  
Dr. Max Reiners  
Dr. Hans Peter Schlegelmilch  
Friedrich Wilhelm Scholz  
Theodor Schornstein  
Ralf Schwartz  
Carmen Stappen  
Dr. Martin Straaten  
Burkard Ungricht  
Muhittin Usta  
Angelika Vermeulen  
Michael von Ameln  
Johann-Andreas Werhahn  
Timm Rolf Wiegmann  
Eleonore Wisbert  
Jessica Wolf

#### Gäste

Pascal Schönlaue

Kurt Vetten

#### IHK

Jürgen Steinmetz  
Martin van Treeck  
Daniela Perner  
Camen Granderath  
Patrick Goncalves  
Silke Hauser  
Charlene Kadereit

Lutz Mäurer  
Rita Mudrow  
Bianca Schlünkes  
Jan Schoofs  
Nicola Schröder  
Peter Terhaag

- Tagesordnung**
- TOP 01 Genehmigung des Protokolls der Sitzung am 15. Februar 2022**
  - TOP 02 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers**
  - TOP 03 Energie und Energiesicherheit für die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein**
    - a) **Energiesicherheit im Kern- und Wirkungsraum des Rheinischen Reviers: Gastvortrag von Kurt Vetten, SME Management GmbH**
    - b) **Beschluss eines Positionspapiers „Forderungen der IHK Mittlerer Niederrhein für eine sichere Energieversorgung der Wirtschaft“**
  - TOP 04 Bauprojekte**
    - a) **Beschluss über zusätzliche Brandschutzmaßnahmen in der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mönchengladbach**
    - b) **Bericht über den Campus für Bildung und Innovation Neuss**
  - TOP 05 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Ergebnisverwendungsvorschlag**
  - TOP 06 Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2021**
  - TOP 07 Beschluss eines Leitbildes für die Wahlperiode 2022 bis 2026**
  - TOP 08 Wissenschaft und Wirtschaft am Mittleren Niederrhein: Gastvortrag von Prof. Dr. Thomas Grünewald, Präsident der Hochschule Niederrhein**
  - TOP 09 Beschluss über eine Beteiligung der IHK am Projekt „Zukunftsgutscheine im Rheinischen Revier“ des Landes Nordrhein-Westfalen**
  - TOP 10 Beschluss über die Prüfungsordnung „Zertifizierter Verwalter (WEG Verwalter)“ und eine Gebühr gemäß § 26a WEG**
  - TOP 11 Verschiedenes**

---

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

---

### **Begrüßung und Beschlussfähigkeit**

**Präsident te Neues** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung fest. Er informiert, dass der Tagesordnungspunkt 8 wegen der Verhinderung von Herrn Prof. Dr. Grünewald entfällt.

---

### **TOP 01 Genehmigung des Protokolls der Sitzung am 15. Februar 2022**

---

### **Protokoll**

Es seien keine Anmerkungen zum übersandten Protokoll der Sitzung eingereicht worden, konstatiert **Präsident te Neues**. Damit sei es genehmigt.

---

## TOP 02 Bericht des Präsidiums und des Hauptgeschäftsführers

---

### Konjunkturelle Lage

**Herr Steinmetz** berichtet über die Ergebnisse der gemeinsamen Konjunkturumfrage der IHKs Mittlerer Niederrhein und Düsseldorf im Frühjahr 2022. In der Umfrage zeigten sich die Unternehmen in der Region Düsseldorf / Mittlerer Niederrhein mit ihren Geschäften noch weitgehend zufrieden. Dennoch herrsche eine weit verbreitete Sorge vor einer Rezession, die in pessimistischen Geschäftserwartungen erkennbar werde. Hauptprobleme seien aus Sicht der Unternehmen insbesondere steigende Energiepreise, gestörte internationale Wertschöpfungsketten sowie der Fachkräftemangel. In diesen geopolitisch schwierigen Zeiten sei internationaler Dialog – wie mit dem chinesischen Botschafter beim Strategieforum Außenwirtschaft in der vergangenen Woche – wichtiger denn je, hebt **Herr Steinmetz** hervor.

### Urteil des VG Düsseldorf

Ende Mai habe die IHK ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu zehn Beitragsklagen gegen die IHK-Wirtschaftspläne der vergangenen Jahre erhalten, informiert **Herr Steinmetz**. Gegenstand seien die Rechtmäßigkeit der Ausgestaltung und die Höhe der Eigenkapitalpositionen. Das Verwaltungsgericht habe nun in allen Verfahren zugunsten der IHK entschieden und die Klagen abgewiesen. Mit dem Urteil seien die rechtmäßige Ausgestaltung der Nettoposition, die Ausgleichsrücklage und die zweckgebundene Baurücklage vollumfänglich bestätigt worden. Aufgrund der Bedeutung der aufgeworfenen Rechtsfragen habe das Verwaltungsgericht die Berufung zum Oberverwaltungsgericht Münster zugelassen.

---

## TOP 03 Energie und Energiesicherheit für die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein

- a) Energiesicherheit im Kern- und Wirkungsraum des Rheinischen Reviers: Gastvortrag von Kurt Vetten, SME Management GmbH
- b) Beschluss eines Positionspapiers „Forderungen der IHK Mittlerer Niederrhein für eine sichere Energieversorgung der Wirtschaft“

---

### Energie als Schlüsselthema

Das Thema Energiesicherheit und Energiepreise beschäftige die Unternehmen und die IHK nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine, berichtet **Präsident te Neues**. Sichere und bezahlbare Energie sei inzwischen für fast alle Mitgliedsunternehmen von erheblicher Bedeutung. Deswegen positioniere sich die IHK bei dem Thema und bleiben mit der Politik im Gespräch.

### Hintergrund der Studie

**Herr Steinmetz** erläutert den Hintergrund der Studie „Energiesicherheit im Kern- und Wirkungsraum des Rheinischen Reviers“, die von der IHK Mittlerer Niederrhein gemeinsam mit den IHKs Aachen und Köln in Auftrag gegeben worden war. Sie zeige den Handlungsbedarf zum Erhalt der Versorgungssicherheit und -qualität in der Region auf und biete eine wichtige Grundlage, um für eine zuverlässige, wettbewerbsfähige und saubere

Energieversorgung zu werben. Diesem Zweck diene auch das vorliegende Positionspapier, das bereits bestehende Forderungen zusammenfasse.

**Herr Steinmetz** stellt Kurt Vetten vor. Er ist Geschäftsführer der SMW Management GmbH in Heppendorf. Das Unternehmen begleitet seit 2015 die Energiewende und den Strukturwandel.

---

#### Vortrag

Die Wirtschaft in der Region stehe vor einer Versorgungslücke, hebt **Herr Vetten** hervor. Einerseits steige der Energiebedarf wegen neuer Anwendungen wie der Elektromobilität oder smarten Produkten. Andererseits sei angesichts des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung und der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke weniger Energie verlässlich verfügbar. Der Wegfall russischer Gaslieferungen trage zu einer zusätzlichen Verschärfung bei. Noch könnten die erneuerbaren Energien diese Lücke nicht schließen, deswegen sei ihr Ausbau ebenso wie der Ausbau der Netze dringlicher denn je. Um die Versorgungssicherheit zu garantieren, sollten Gas- und Braunkohlekraftwerke als Reserve erhalten bleiben, empfiehlt **Herr Vetten**. Die Studie zeige, wie bedeutsam Multi-Use-Systeme, Peak-Shoring-Maßnahmen und Qualifizierung seien.

---

#### Erörterung

In der Erörterung werden insbesondere die negativen Folgen einer Gasrationierung für die Unternehmen thematisiert und mögliche Lösungen, wie eine Substitution ausbleibender Gaslieferungen durch eine Laufzeitverlängerung für Braunkohlekraftwerke, diskutiert.

---

#### Beschluss

**Die Vollversammlung fasst bei 2 Enthaltungen ohne Gegenstimmen den folgenden Beschluss:**

**Die Vollversammlung beschließt das Positionspapier „Forderungen der IHK Mittlerer Niederrhein für eine sichere Energieversorgung der Wirtschaft“.**

---

#### **TOP 04 Bauprojekte**

- a) **Beschluss über zusätzliche Brandschutzmaßnahmen in der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mönchengladbach**
  - b) **Bericht über den Campus für Bildung und Innovation Neuss**
- 

#### **Erhebliche Brandschutzmängel**

Die Vollversammlung habe im Jahr 2020 einen Umbau der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mönchengladbach beschlossen, ruft **Präsident te Neues** in Erinnerung. Im Service Center solle ein Prüfungs- und Weiterbildungszentrum entstehen, das den Anforderungen an eine moderne berufliche Bildung Rechnung trägt. Zusätzlich sollen auf der zweiten Etage zeitgemäße Beratungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Bauvolumen für diese Maßnahme sei von der Vollversammlung im Jahr 2020 mit insgesamt rund 1.600 T€ beschlossen worden. Bei den Umbauarbeiten seien Anfang des Jahres 2022 erhebliche Brandschutzmängel aus den 1970er Jahren festgestellt worden. Diese

müssten zwingend behoben werden, da andernfalls eine Stilllegung des Gebäudes drohe.

Die Gremien – Präsidium, Bauausschuss sowie Haupt- und Finanzausschuss – hätten sich mehrfach und intensiv mit dem Sachverhalt befasst, berichtet **Präsident te Neues**. Am 13. Juni 2022 habe eine gemeinsame Sitzung der Gremien stattgefunden. In dieser Sitzung seien die verschiedenen Lösungsansätze ausführlich erörtert worden. Am Ende der Diskussion seien zwei Optionen verblieben, über deren Umsetzung nun zu entscheiden sei.

---

### Entscheidungs- grundlage

**Herr Steinmetz** hebt hervor, dass die Brandschutzmaßnahmen zwingend umgesetzt werden müssen, um eine Stilllegung des Gebäudes abzuwenden. Die schwerwiegenden Mängel betreffen vor allem die Fassade sowie den WC- und Aufzugskern. In der vorab übersandten Erläuterung seien Chancen und Risiken mit Blick auf die Optionen 1 („Brandschutzsanierung plus“) und 2 („Energetische Sanierung“) ausführlich abgebildet, um der Vollversammlung eine gut informierte Entscheidung zu ermöglichen. Die Erläuterung beinhalte insbesondere auch die Diskussion in der gemeinsamen Gremiensitzung vom 13. Juni 2022 sowie Gutachten und Einschätzungen des Sachverständigen Herrn Lorenz und der Fachanwältin für Vergaberecht Frau Dr. Haak.

---

### Lösungsansätze und Optionen

Vom Architekturbüro Dr. Schrammen seien mit Blick auf die voraussichtlichen Kosten zunächst vier Lösungsansätze kalkuliert worden, führt **Herr Steinmetz** aus (siehe hierzu auch die Folie 23 in der Präsentation).

Die zusätzlichen Kosten für eine reine Behebung der Brandschutzmängel beliefen sich demnach auf 932 T€. In dieser Mindestlösung würde der bisherige Standard auf den Etagen 1 und 3 nach der Sanierung wieder hergestellt.

Das Architekturbüro Dr. Schrammen habe auf Wunsch der IHK-Gremien drei weitere Lösungsansätze entwickelt. Die Option 1 umfasse neben der reinen Brandschutzsanierung eine Angleichung des Standards auf den Etagen 1 und 3 an das neu geplante Erdgeschoss und die neu geplante zweite Etage. Berücksichtigt sei dabei eine Erneuerung der technischen Anlagen – einschließlich der Elektro-Unterverteilung. Nicht berücksichtigt seien hingegen die WC-Anlagen und das Treppenhaus. Die Zusatzkosten für diese Option beliefen sich nach der zugrundeliegenden Kostenschätzung auf weitere 1.616 T€. Hinzu kämen weitere Kosten für Anmietungen und Einlagerungen bis zur Fertigstellung, mit der im Frühjahr 2023 zu rechnen sei. Die vollständige Finanzierung der Umbaukosten für Option 1 sei aus dem Jahresergebnis 2021 möglich (TOP 05). Über den verbleibenden Restbetrag des Jahresergebnisses 2021 in Höhe von rund 400 T€ sei von der Vollversammlung zu entscheiden.

Option 2, die von Vizepräsident Dr. Schwenzer im Anschluss vorgestellt werde, beinhalte neben der Brandschutzsanierung umfassendere energetische Maßnahmen wie eine neue Fassade, ein neues Dach, die Installation einer Photovoltaikanlage sowie eine Kellerabdichtung, die bereits

vom Bauausschuss separat beschlossen worden war. Nicht erneuert würden auch hier die WC-Anlagen und das Treppenhaus. Die zusätzlichen Umbaukosten zum ursprünglichen Bauvorhaben beliefen sich nach Angaben des Architekturbüros Dr. Schrammen auf 4.682 T€. Zusätzlich entstünden Kosten insbesondere für eine erneute Ausschreibung, Beratungsleistungen und Anmietungen, die über die Mehrkosten für Option 1 deutlich hinausgingen.

Zum Zwecke der Plausibilitätsprüfung habe das Architekturbüro Dr. Schrammen diesen drei Lösungsansätzen die groben Kosten für einen Abriss und Neubau des betroffenen Gebäudeteils an gleicher Stelle gegenübergestellt. Die Schätzung gehe von rund 12.000 T€ aus.

Die drei Gremien hätten in ihrer gemeinsamen Sitzung sowohl eine reine Brandschutzsanierung wie auch einen Abriss und Neubau verworfen, berichtet **Herr Steinmetz**. Nach einer intensiven Erörterung der verbleibenden Optionen würden sie der Vollversammlung empfehlen, mindestens Option 1 als erweiterte Brandschutzsanierung mit einer Angleichung der Etagen 1 und 3 an den künftigen Standard im Erdgeschoss und auf der zweiten Etage umzusetzen. Ergänzend sprächen sich die Gremien dafür aus, in der Sitzung der Vollversammlung die umfassendere Option 2 als energetische Sanierung in Erwägung zu ziehen.

---

### Eröffnung der Erörterung

Auf Wunsch der Vollversammlung wird eine Abstimmung über die Umsetzung von Option 1 als Mindestmaßnahme verschoben und die Erörterung von Option 2 vorgezogen.

---

### Vorstellung von Option 2

**Vizepräsident Dr. Schwenger** begrüßt, dass die Vollversammlung heute in offener Diskussion über verschiedene Optionen entscheiden könne. Er stellt sodann einige Argumente vor, die es bei einer Entscheidung über Option 2 aus seiner Sicht besonders zu berücksichtigen gelte (siehe hierzu auch die Folien 24 und 25 in der Präsentation).

Dabei verweist er zunächst auf die Kosten, die das Architekturbüro Dr. Schrammen in einer Kostenschätzung auf 4.682 T€ beziffert. Zu berücksichtigen seien zudem weitere Aufwendungen, die durch zusätzliche Anmietungen und andere Maßnahmen als Mehraufwand im Vergleich zu Option 1 anfielen. Mit Blick auf die Dauer des Umbauvorhabens liege Option 2 nach Einschätzung der Gutachter bei zusätzlichen 18 bis 24 Monaten, sodass mit einer Fertigstellung im Frühjahr 2025 zu rechnen sei.

**Vizepräsident Dr. Schwenger** gibt zu bedenken, dass das Gebäude der IHK während dieser Zeit nicht zur Verfügung stünde. Dies würde vor allem für die Belegschaft aber auch für Kunden eine erhebliche Zumutung bedeuten.

Er weist zudem darauf hin, dass nach dem Gutachten der Fachanwältin für Vergaberecht Frau Dr. Haak eine neue Vergabe zwingend erforderlich ist. Darüber hinaus sei nicht garantiert, dass die Fördermittel zum erforderlichen Zeitpunkt bei der KfW zur Verfügung stehen. Er gelangt zu der Einschätzung, dass die Geschäftsführung mit Blick auf diese und die in der

vorab übermittelten Erläuterung formulierten weiteren Risiken die Umsetzung der Option 1 vorzieht.

Für die umfassendere Option 2 sprechen aus seiner Sicht die Wirkungen der energetischen Maßnahmen. Zwar amortisierten sich die Mehrkosten über die Einsparungen bei den Energiekosten zunächst nicht, dennoch empfehle er der IHK angesichts der derzeitigen weltpolitischen Rahmenbedingungen eine größere Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Zudem würden energetische Maßnahmen insbesondere mit Blick auf die Fassade ohnehin künftig anstehen. **Vizepräsident Dr. Schwenger** schließt mit einem persönlichen Plädoyer für Option 2.

---

## Erörterung

**Herr Kreuder** bewertet die Kosten für die Gebäudetechnik als zu gering durch das Architekturbüro Dr. Schrammen angesetzt. Zudem müsste bei einer Umsetzung der energetischen Maßnahmen seiner Auffassung nach eine deutlich ambitioniertere Energieeinsparung erzielt werden.

**Vizepräsident Dr. Schwenger** verweist auf den TGA-Anteil, der zusätzlich zu dem in der laufenden Umbaumaßnahme bereits geplanten TGA-Budget zu betrachten ist.

---

Auf Nachfrage von **Frau Gewehr** erläutert **Herr Steinmetz**, dass nur in Option 2 ein Ausbau der vierten Etage vorgesehen ist. Diese sei mit Blick auf die Dachsanierung zu betrachten.

---

**Frau Gewehr** spricht sich mit Blick auf den Nachhaltigkeitsaspekt, der auch in dem zum Beschluss vorgesehenen neuen Leitbild (TOP 07) formuliert sei, für eine Umsetzung der Option 2 aus.

---

**Herr Bienen** bekräftigt, dass die Vollversammlung vor einer schwierigen Entscheidung steht. Zum Zwecke der Brandschutzsanierung seien bei Option 1 ohnehin alle Etagen von Baumaßnahmen betroffen. Zudem schreibt er der IHK eine Vorbildfunktion bei der Einsparung von Energie zu, die mit Option 2 zu erreichen wäre. Dieses vor allem unter dem Aspekt, dass die Unternehmen von den politischen Entscheidungsträgern aufgrund der aktuell äußerst kritischen Situation beim Gasbezug zu Einsparmaßnahmen verpflichtet werden.

---

**Herr Borgmann** spricht sich gegen einen kompletten Umbau des Gebäudes aus, wie er in Option 2 vorgesehen ist. In unsicheren Zeiten sei angesichts der Risiken und ungünstigen Rahmenbedingungen für Baumaßnahmen kaufmännische Vorsicht geboten. Hinsichtlich der Außenwirkung kommt er zu einer pessimistischeren Einschätzung als seine Vorredner.

---

**Herr Dr. Reiners** plädiert dafür, Option 2 umzusetzen. Angesichts der hohen Kosten und auch des Kostensprunges zur ursprünglichen Maßnahme regt er aber an, eine Realisierung an die Verfügbarkeit von Fördermitteln zu knüpfen. Zudem sei zu hinterfragen, warum das Architekturbüro Dr.

Schrammen die erheblichen Brandschutzmängel in dem Gebäude aus den 1970er Jahren nicht antizipiert habe.

---

**Herr Dr. Schlegelmilch** berichtet von seinen Erfahrungen mit deutlichen Kostensprüngen bei aktuellen kommunalen Baumaßnahmen. Er erkennt beim Vorhaben in Mönchengladbach noch offene Fragen und eine unzureichende Grundlage, um eine Entscheidung zu Option 2 in der Sitzung vorzunehmen.

---

**Vizepräsident Dr. Schwenger** verweist auf das Gutachten von Herrn Lorenz, das die vom Architekturbüro Dr. Schrammen kalkulierten Kosten für das Bauwerk und die technischen Anlagen als grundsätzlich realistisch einschätze. Gleichwohl habe das Architekturbüro Dr. Schrammen eine erneute Ausschreibung, Planung und Vergabe bei der Zeitkalkulation nicht berücksichtigt, sodass mit einer deutlich späteren Fertigstellung des Vorhabens zu rechnen sei.

---

**Herr Gröver** weist auf die derzeit hohe Volatilität bei Preisen für Baumaßnahmen und auf das steigende Zinsniveau am Kapitalmarkt hin. Auch künftig sei mit hohen Bau- und Finanzierungskosten zu rechnen, die derzeit schwer planbar seien. Er berichtet, dass für energieeffiziente Neubauten zuletzt Fördermittel kurzfristig und unvorhersehbar nicht verfügbar gewesen seien. Diese Gefahr bestehe auch bei Fördermitteln für energetische Maßnahmen im Bestand.

---

**Herr Odermatt** schlägt vor, die Angelegenheit zu einer vertieften Beratung an die Ausschüsse zu übergeben. **Präsident te Neues** weist darauf hin, dass die Baumaßnahmen derzeit gestoppt seien und es deswegen einer Entscheidung der Vollversammlung bedarf.

---

**Frau Vermeulen** erkundigt sich nach der Finanzierung der beiden Optionen. Es wird klargestellt, dass die Option 1 aus dem Jahresergebnis 2021 finanziert werden kann. Für Option 2 ist hingegen eine vollständige Nutzung des Jahresergebnisses und möglicherweise eine Kreditaufnahme erforderlich, deren Höhe von der Bewilligung und Verfügbarkeit von Fördermitteln abhängig ist. Die Kreditsumme dürfte aber voraussichtlich bei rund 2.000 T€ liegen.

---

**Herr von Ameln** hebt hervor, dass sich eine energetische Sanierung nicht positiv auf die Drittverwendungsmöglichkeit des Gebäudes auswirke, da die IHK das Gebäude nicht – oder nur sehr eingeschränkt – vermieten könne. Mit Blick auf die zusätzlichen Kosten für eine erneute Ausschreibung und eine längere Umsetzungsdauer von Option 2 schlägt er stattdessen eine schrittweise Vorgehensweise vor. Zunächst könne Option 1 umgesetzt werden. Anschließend seien zu einem günstigeren Zeitpunkt zusätzlich energetische Maßnahmen realisierbar. Auch **Frau Dr. Dallmeier** spricht sich für diesen Vorschlag aus.

---

**Herr Bienen** erläutert, dass die in der Planung des Architekturbüros Dr. Schrammen vorgesehenen Kosten für eine neue Glasfassade mit einem hohen Standard bei rund 1.450 € pro qm liegen. Hier sei auch eine günstigere Lösung mit rund 900 € pro qm möglich, was eine deutliche Kostenreduzierung bedeuten würde. Er sprach sich dafür aus, vor diesem Hintergrund eine differenzierte Kostenberechnung erstellen zu lassen, die auch die denkbaren Ausführungen der Fassade gegenüberstellt. Auf dieser Grundlage und bei gleichzeitiger Klärung der Gewährung von KFW-Zuschüssen könne dann bei der nächsten Vollversammlung eine finale Entscheidung herbeigeführt werden.

---

**Vizepräsident Wnuck** hebt hervor, dass Option 2 mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Allerdings spricht er sich gegen die Investition von insgesamt rund 3.200 T€ (*Anmerkung: 1.600 T€ aus dem ursprünglichen Auftrag und zusätzliche 1.616 T€ für Option 1*) in ein dann weiterhin nicht energetisch saniertes Gebäude aus. Ein schrittweises Vorgehen betrachtet er als nicht sinnvoll, weil eine spätere Fassadensanierung in der bautechnischen Abwicklung und wirtschaftlich nicht effizient durchzuführen sei. Darüber hinaus bekräftigt er den Hinweis von Herrn von Ameln, dass das Gebäude für die IHK nicht drittverwendbar ist. Es sei erklärte Strategie unserer IHK, mit ihren Schulungs-, Seminar- und Tagungsangeboten vor Ort präsent zu sein. Das spart den Mitgliedern/Unternehmen Wege und Zeit. Auch bei einem weiteren Ausbau der digitalen Angebote ist und bleibt die Nähe und der persönliche Kontakt für eine IHK sehr wichtig.

---

**Herr Werhahn** plädiert für eine umfassende energetische Sanierung im Sinne von Option 2. Angesichts der derzeitigen Energiekrise müsse die IHK ein deutliches Zeichen setzen und als Vorbild dienen.

---

Auch **Vizepräsidentin Thywissen** spricht sich dafür aus, mit Option 2 ein Zeichen zu setzen. Sie lehnt es ab, einzelne Maßnahmen schrittweise umzusetzen.

---

**Herr Steinmetz** verdeutlicht, dass auch er bei Option 2 einige Chancen erkennt. Gleichwohl sei es seine Aufgabe als Hauptgeschäftsführer, auf die finanziellen und rechtlichen Risiken des Vorhabens – insbesondere auch in Abgrenzung zu Option 1 – hinzuweisen.

Mit Blick auf Option 2 komme er zu dem Ergebnis, dass die Risiken größer sind als der Nutzen, der sich aus einer unmittelbaren Umsetzung als Gesamtmaßnahme zum jetzigen Zeitpunkt ergibt.

**Herr Steinmetz** hebt mit Verweis auf die umfassende Erläuterung als wesentliche Risiken und Nachteile hervor:

- 1) Eine lange Bauzeit bis zum Frühjahr 2025 mit erheblichen Beeinträchtigungen für Kunden, Besucher und Mitarbeiter,
- 2) eine große Unsicherheit angesichts der derzeitigen kaum planbaren Kostensteigerungen für Baumaßnahmen,

- 3) die nicht garantierte Verfügbarkeit von Fördermitteln zum erforderlichen Zeitpunkt sowie
- 4) Vergabe- und Haftungsrisiken, die sich durch eine zwingend erforderliche Ausschreibung ergeben.

Darüber hinaus verweist **Herr Steinmetz** auf die Herausforderung der Finanzierung von Option 2. So seien zusätzlich zur vollständigen Inanspruchnahme des Jahresergebnisses 2021 in Höhe von 2.000 T€ weitere Finanzierungsquellen erforderlich. Abhängig von der Höhe und der Verfügbarkeit von Fördermitteln sei möglicherweise eine Kreditaufnahme notwendig, um das Delta zu schließen. In der Folge sei eine Beitragserhöhung nicht ausgeschlossen. Im Gegensatz dazu könne Option 1 vollständig und mit einem verbleibenden Restbetrag in Höhe von rund 400 T€ aus dem Jahresergebnis 2021 finanziert werden.

Zu Imagewirkung der Option 2 gibt Herr Steinmetz zu bedenken, dass diese ambivalent sei: Viele KMUs werden einen aufwändigen und teuren Umbau der IHK in Mönchengladbach in wirtschaftlichen Krisenzeiten und womöglich aktuell eigenen finanziellen Engpässen nicht nachvollziehen können. Das wird um so mehr vor dem Hintergrund der Kostenrisiken und einer möglichen Kreditaufnahme durch die IHK gelten.

**Herr Steinmetz** betont, dass die wesentlichen und aus seiner Sicht sinnvollen Ziele von Option 2, insbesondere eine Verbesserung des energetischen Zustands des Gebäudes sowie die damit verbundenen Einsparungen und die Vorbildfunktion, auch mit einer schrittweisen Umsetzung energetischer Maßnahmen erreicht werden können. Bei Mittelverfügbarkeit und insgesamt günstigeren und planbareren Rahmenbedingungen für Baumaßnahmen seien die Risiken zu einem anderen Zeitpunkt deutlich handhabbarer als in der derzeit unsicheren Situation.

---

**Herr Bienen** erkennt im Falle von Option 2 dieselben Haftungsrisiken wie bei Option 1. Darüber hinaus sei innerhalb von zwei Wochen nach einer Antragsstellung bei der KfW mit einem Votum zu rechnen. Für die Kreditaufnahme geht er von einem niedrigen Zinssatz um die 2 Prozent aus, der sich über die KfW nochmal preiswerter darstellen könnte.

Die **Herren Gröver und van Treeck** weisen darauf hin, dass der Zinssatz der KfW für das infrage kommende Förderdarlehen tagesaktuell bei 3,22 Prozent liege und sich in den kommenden Monaten aufgrund der Zinswende der EZB noch verschlechtern könnte.

---

**Frau Raubinger** bringt ein, dass ein Darlehen in Höhe von voraussichtlich 2.000 T€ für die IHK angesichts des Jahresergebnisses 2021 tragbar sei.

---

**Herr Kreuder** schätzt die vom Architekturbüro Dr. Schrammen veranschlagten Kosten von rund 4.700 T€ für Option 2 als deutlich zu niedrig ein; das Risiko für Kostensteigerungen sei aufgrund der aktuellen Marktlage am Bau extrem hoch. Eine neue Fassade sei auch zu einem geringeren Preis realisierbar.

---

**Herr Ungricht** gelangt zu der Einschätzung, dass bei der Beantragung von KfW-Fördermitteln ein längerer zeitlicher Vorlauf für die Planung anzusetzen ist. Nachträgliche energetische Maßnahmen seien möglicherweise auch bei laufendem Betrieb möglich. Eine Entscheidung zugunsten von Option 1 als Mindestlösung sei heute erforderlich, um die Umbauarbeiten fortzusetzen.

---

**Präsident te Neues** plädierte mit Verweis auf die zahlreichen Risiken der Option 2 für die Umsetzung der Option 1 mit einer schrittweisen Ergänzung energetischer Maßnahmen zu einem günstigeren Zeitpunkt. Er gibt außerdem zu bedenken, dass die Vollversammlungen anderer IHKs große Bauvorhaben angesichts der derzeitigen Risiken in der Bauwirtschaft bereits aufgegeben oder verschoben hätten.

---

**Herr Bienen** verweist darauf, dass selbst dann, wenn das vom Architekturbüro Dr. Schrammen veranschlagte Budget nicht ausreiche und die Kosten bei 5.000 T€ liegen würden, bei 2.187 qm vorhandener Bruttogrundfläche umgerechnet auf den Quadratmeter Bruttogrundfläche von 2.187 qm mit 2.286 T€ eine energetische Sanierung des Gebäudes realisiert werden können. Unter Berücksichtigung von KfW-Zuschüssen liege der Betrag bei ca. 1.828 T€. Dem gegenüber ständen Kosten für einen Neubau bezogen auf 12.000 T€ in Höhe von über 5.000 T€.

---

**Vizepräsident Dr. Schwenger** spricht sich dafür aus, in der Sitzung zumindest eine Entscheidung zugunsten von Option 1 zu treffen, um den Stopp der Umbauarbeiten nicht weiter zu verlängern. Ergänzende energetische Maßnahmen könnten auch schrittweise umgesetzt werden.

Auf Rückfrage von **Herrn Dr. Bröker** führt **Herr Steinmetz** aus, dass der Sachverständige Herr Lorenz keine Hindernisse für eine schrittweise Realisierung sieht. Die vergeblich aufzuwendenden Kosten für eine Umsetzung von Option 1 mit einer anschließenden Umsetzung weiterer energetischer Maßnahmen lägen nach Schätzung des Experten bei rund 90 T€, wobei es sich insbesondere um Planungskosten handele.

---

**Herr Reh** regt an, nun eine Entscheidung zugunsten von Option 1 zu treffen und in der nächsten Sitzung der Vollversammlung über die weitergehende Option 2 auf Grundlage einer noch verlässlicheren Kostenschätzung und einer noch differenzierteren Abwägung von Chancen und Risiken zu entscheiden.

---

## Beschluss

**Die Vollversammlung fasst mit 4 Enthaltungen ohne Gegenstimmen den folgenden Beschluss:**

- (1) Die Vollversammlung beschließt, die Baumaßnahmen in der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mönchengladbach aufgrund der aufgetretenen Brandschutzproblematik mit der Option 1 weiterzuführen und somit**

das vorgesehene Baubudget um 1.616 T€ zu erweitern. Dazu sollen Mittel in gleicher Höhe aus dem Gewinnvortrag des Jahres 2021 verwendet werden. Die Geschäftsführung wird beauftragt, für die nächste Sitzung der Vollversammlung ein Konzept vorzulegen, ob – und wenn ja, wie – die Option 2 umgesetzt werden kann.

- (2) Die Geschäftsführung wird beauftragt, diese Planungen umzusetzen.
- (3) Der Bauausschuss soll den Fortgang des Umbaus weiter begleiten.

---

### TOP 05 Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Ergebnisverwendungsvorschlag

---

#### Positives Ergebnis

**Präsident te Neues** informiert über das positive (Bilanz-)Ergebnis 2021 in Höhe von 3.455 T€. Die Hintergründe seien, ebenso wie der Beschlussvorschlag, in der vorab übersandten Erläuterung umfassend erläutert worden.

Auf Nachfrage von **Präsident te Neues** es keinen weiteren Beratungsbedarf.

---

#### Die Vollversammlung fasst bei einer Enthaltung den folgenden Beschluss:

Das Ergebnis des Jahres 2021 von 3.455 T€ wird auf neue Rechnung vorgetragen und soll wie folgt verwendet werden:

- Für den Umbau der IHK in Mönchengladbach in Höhe von 1.200 T€ sowie die von der Vollversammlung nachträglich beschlossene Durchgangsverbreiterung zum Altbau in Höhe von 87 T€ (verschobener Aufwand aus dem Jahr 2021) und wie in TOP 4 beschlossen um weitere 1.616 T€.
- Für die Einstellung eines Referenten für Digitalisierung sowie Projektmittel für Strukturwandel (bis zu 150 T€).
- Über die Verwendung des weiteren Ergebnisses in Höhe von rund 400 T€ wird in der Sitzung der Vollversammlung im Dezember 2022 entschieden.

---

### TOP 06 Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2021

---

**Herr Reh**, ehrenamtlicher Rechnungsprüfer und Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, berichtet über das Ergebnis der Prüfung durch die Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs (RPS).

#### Prüfungsschwerpunkt

Bundesweiter Schwerpunkt der Prüfung sei in diesem Jahr die aktuellen Anforderungen an die Wirtschaftsplanung durch die Umsetzung der für die

IHK relevanten Konsequenzen aus den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichtes vom 22. Januar 2020 und der Corona-Pandemie gewesen, berichtet **Herr Reh**. Im Ergebnis habe die RPS festgestellt, dass die Anforderungen an die Wirtschaftsplanung eingehalten und die von der IHK prognostizierten Auswirkungen der Corona-Pandemie sachgerecht planerisch abgebildet wurden.

---

### **Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk**

Die RPS habe der IHK Mittlerer Niederrhein einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, informiert **Herr Reh**. Die Prüfung habe zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss samt Anhang vermittelte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen ein entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Der Lagebericht stehe im Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittele insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der IHK und stelle die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Wirtschaftsplan sei ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden.

Die IHK habe die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes beachtet und die ihr im Rahmen der Plan-Gewinn- und Verlustrechnung und des Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Die Bestimmungen des Finanzstatuts, die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts sowie die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden Rechtsvorschriften seien eingehalten worden, fasst **Herr Reh** zusammen.

---

### **Beschluss**

**Auf Vorschlag von Herrn Reh fasst die Vollversammlung mit Enthaltung der anwesenden Mitglieder des Präsidiums den folgenden Beschluss:**

**Die Vollversammlung beschließt, dem Präsidium und dem Hauptgeschäftsführer für das Jahr 2021 Entlastung zu erteilen.**

---

**TOP 07 Beschluss eines Leitbildes für die Wahlperiode  
2022 bis 2026**

---

**Leitbild**

**Präsident te Neues** verweist auf die vorab übermittelten Erläuterungen. Herr Werhahn schlägt zwei kleine Ergänzungen vor.

---

**Beschluss**

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

**Die Vollversammlung beschließt das Leitbild mit den vorgeschlagenen Ergänzungen.**

---

---

**TOP 08 Wissenschaft und Wirtschaft am Mittleren Niederrhein:  
Gastvortrag von Prof. Dr. Thomas Grünewald, Präsident der  
Hochschule Niederrhein**

---

**Wirtschaft und  
Wissenschaft**

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

---

---

**TOP 09 Beschluss über eine Beteiligung der IHK am Projekt  
„Zukunftsgutscheine im Rheinischen Revier“ des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

---

**Zukunftsgutscheine**

**Präsident te Neues** verweist auf die vorab übermittelten Erläuterungen. Es gibt keine Fragen aus der Mitte der Vollversammlung.

---

**Beschluss**

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

**Die Vollversammlung stimmt der Beteiligung der IHK am Strukturwandel-Projekt „Zukunftsgutscheine“ zu.**

---

---

**TOP 10 Beschluss über die Prüfungsordnung „Zertifizierter Verwalter  
(WEG Verwalter)“ und eine Gebühr gemäß §26a WEG**

---

**zertifizierter  
Verwalter**

**Präsident te Neues** verweist auf die vorab übermittelten Erläuterungen. Es gibt keine Fragen aus der Mitte der Vollversammlung.

---

**Beschluss**

**Die Vollversammlung fasst einstimmig den folgenden Beschluss:**

**(1) Die Vollversammlung stimmt der Prüfungsordnung zu.**

**(2) Die Vollversammlung stimmt der veranschlagten Prüfungsgebühr in Höhe von 266,- Euro zu.**

---

---

**TOP 11 Verschiedenes**

---

Es gibt auf Nachfrage von **Präsident te Neues** keine Wortmeldungen.

---

**Präsident te Neues** dankt den Mitgliedern der Vollversammlung und schließt die Sitzung um 18:20 Uhr.

Krefeld, den 2. August 2022



**Elmar te Neues**  
Präsident



**Jürgen Steinmetz**  
Hauptgeschäftsführer